

PRESSESTIMMEN

KRIEG IN DER UKRAINE

Frankfurter Rundschau

„Hilfe“ Es würde den Ukrainern sicher helfen, wenn sie mit westlichen Waffensystemen auch Ziele in Russland angreifen dürften – etwa deren Armee, wenn sie an der Grenze zur Ukraine aufmarschiert. All das wissen die Verantwortlichen in den Hauptstädten der Verbündeten. Doch alle haben unterschiedliche Gründe, weshalb sie gerade nicht liefern können. Das Ergebnis ist ein verlustreicher Stellungskrieg, den nur der russische Autokrat Wladimir Putin für seine Ziele zu nutzen weiß.

■ Frankfurter Rundschau, Frankfurt



„Waffen“ Ein Einsatz westlicher Waffen gegen russisches Gebiet würde einen dritten Weltkrieg bedeuten, heißt es. Wäre das ernst zu nehmen, würde es auch für ukrainische Angriffe auf der Krim und im Donbass gelten, die Moskau als sein Staatsgebiet betrachtet.

■ taz, Berlin

KALENDERBLATT



Foto: Wikipedia

DAS GESCHAH AM ...

28. Mai

■ 1864: Nachdem er die ihm angetragene mexikanische Kaiserkrone angenommen hat, trifft **Erzherzog Maximilian**, Bruder von Kaiser Franz Joseph, mit seiner belgischen Gemahlin Charlotte in Veracruz ein und betritt erstmals mexikanischen Boden.

■ 1959: Die Affen „Abel“ und „Baker“ werden nach einem Weltraumflug über 2500 Kilometer lebend aus einer US-Rakete geborgen.

■ 1979: Bei einer Abstimmung über die Fünftageweche an Wiener Volksschulen stimmen ca. 75 Prozent der Lehrer und Eltern dafür.

nachrichten.at

Kommentare, Meinungen und Kolumnen finden Sie auf nachrichten.at/meinung



Treffen der Angeschlagenen

Karikatur: Pismestrovic

MENSCHEN

KARIM KHAN

Er will auch Netanjahu verhaften

VON HEIDI RIEPL

So schnell kann man zum Buhmann werden: Vor drei Jahren noch, als Karim Khan zum Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag gewählt wurde, war er für die USA und Israel noch der gefeierte Wunschkandidat. Und auch 2023 jubelte ihm die westliche Welt zu, als der 54-Jährige einen internationalen Haftbefehl gegen Kremlchef Putin erließ. Doch nun laufen hochrangige westliche Politiker Sturm gegen ihn. Er sei „einer der größten Antisemiten der Moderne“, beschimpfte ihn Israels Premier Netanjahu. Auch US-Präsident Biden zeigte sich empört: „Es gibt keine Gleichwertigkeit zwischen Israel und der Hamas.“

Doch den Briten mit pakistanischen Wurzeln lässt die Kritik unbeeindruckt, er sieht sich als Verteidiger der Menschenrechte. Weil in seinen Augen das Leben aller Menschen den gleichen Wert hat, hat er nicht nur gegen die Hamas-Führung, sondern auch gegen Israels Regierungschef einen Haftbefehl beantragt. Er spricht von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wofür er zwei Monate lang akribisch Beweise gesammelt hat.

Der Kampf für Menschenrechte ist Khans persönliches Lebensthema. Der Sohn einer englischen Krankenschwester und eines pakistanischen Arztes ist Mitglied einer muslimischen Reformbewegung, die in vielen islamischen Ländern verfolgt wird. Auch seine zweite Frau, eine renommierte malaysische Menschenrechtsanwältin, dürfte sein Herz für die Schwachen gestärkt haben. Es waren vor allem die Balkankriege, die Khan nachhaltig prägten. Schockiert von den Gräueltaten, wur-



Der Chefankläger kämpft für die Schwachen. Foto: AFP

de der Völkerrechtsexperte 1997 Ankläger bei den UN-Tribunalen, die sich mit den Kriegsverbrechen in Ruanda und Ex-Jugoslawien befassten. Bis 2021 leitete er beim Strafgerichtshof ein Team, das Kriegsverbrechen des „Islamischen Staats“ im Irak untersuchte. Weil für ihn aber das Völkerrecht für alle gilt, verteidigte er auch Bösewichte wie Liberias Ex-Präsident Taylor oder den Sohn von Libyens Diktator Gaddafi. Khans Expertise gilt als profund und unantastbar. Daran werden auch Israel und seine Verbündeten kaum vorbeikommen.

MEINUNG

LEITARTIKEL

VON ALEXANDER ZENS



Ein Land gebaut auf Förderungen

Kaum zu glauben: Das Wohnbaupaket wird umgesetzt – zumindest in Oberösterreich und zumindest ein Teil davon. Es war der 27. Februar, als die Spitze der Bundesregierung das Paket ankündigte. Sie hat es wie so oft gut inszeniert (auf einer Baustelle in Wien), aber nicht gut vorbereitet.

Es folgten die föderalen Mühen der Ebene, Videokonferenzen zwischen Bund und Ländern sowie Kritik, besonders von Oberösterreichs Landeshauptmann-Stellvertreter und Wohnbaureferent Manfred Haimbuchner (FP) Richtung VP/Grünen-Regierung. Seinem Koalitionspartner Landeshauptmann Thomas Stelzer (VP) war es dem Vernehmen nach da-

her nicht ganz unrecht, dass er bei der Präsentation am Montag in Linz doch terminlich verhindert war.

Das verspätete Wohnbaupaket und die Abhängigkeit vom Staat

Bis Ende 2025 können Hausbauer nun Darlehen mit 1,5 Prozent Verzinsung beantragen. Dass der Fixzins für 20 Jahre gilt, ist attraktiv und wird möglich, weil das Land noch mehr Geld in die Hand nimmt als der Bund.

Kernideen sind die Ankurbelung der Bauwirtschaft und Hilfe beim Schaffen von Wohneigentum angesichts der gestiegenen Kosten.

Was die Konjunkturmaßnahme betrifft, wäre der 27. Februar ein guter Zeitpunkt gewesen. Seither sind aber drei Monate vergangen, genau jene Zeit im Frühling, in der viel geplant und gebaut wird. Wegen des Wartens auf die neuen Konditionen kam es erst recht zu einem Stillstand der Bautätigkeit, die Anfang des Jahres gerade wieder etwas angezogen hatte. So etwas darf nicht passieren.

Was die Unterstützung von Familien betrifft, sind günstige Darlehen wirkungsvoll. Die jetzige Förderung darf man aber getrost auch als üppig bezeichnen, vor allem, wenn man sich die in Oberösterreich geltenden relativ hohen Einkommensgrenzen ansieht.

Österreich ist ein Land gebaut auf Förderungen. Kauf- und Investitionsentscheidungen der Bevölkerung hängen stark an der Existenz staatlicher Zuschüsse. Als Anschubfinanzierung in gewissen Bereichen zu gewissen Zeiten sind Förderungen sinnvoll, aber grundsätzlich wäre es besser, der Staat kassierte von den Leuten weniger Steuern und Abgaben und hielte die Inflation im Griff, damit es mit weniger Fördermitteln ginge. Das würde der Politik populäre Fördermaßnahmen nehmen, wäre aber der Kontinuität zuträglich.

✉ a.zens@nachrichten.at

WIRTSCHAFT VERSTEHEN

VON TEODORO D. COCCA

Warum fällt Europa stetig zurück?

Die Europäische Union setzte sich im Jahr 2000 das Ziel, zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu werden. Gemessen an der Zunahme der Wirtschaftsleistung pro Kopf hat die EU dieses Ziel klar verfehlt: Selbst Nordafrika hat sich in den letzten 20 Jahren besser entwickelt, geschweige denn andere Wirtschaftsräume.

Für das schlechte Abschneiden Europas gibt es viele Gründe. Ein aktuelles Diskussionspapier des Internationalen Währungsfonds (IWF) bringt nun zumindest Licht in eines der Lieblingsinstrumente

(nicht nur) europäischer Wirtschaftspolitik: Subventionen und Förderungen. Argumente für Subventionen erleben gerade eine Renaissance: von den Arbeitsplätzen, welche man vor den Chinesen verteidigen müsse, über Versorgungssicherheit bis zur direkten Förderung von Windanlagen für den Klimaschutz.

Viel Geld wird ausgegeben, aber kaum der Frage nachgegangen, warum eigentlich die vielen Förderungen in Summe keinen nachhaltigen Wachstumseffekt bewirken. Wie die Analyse des IWF zeigt, bringen viele Förderungen nicht nur wenig, sie schaden sogar aufgrund der

langfristigen Kosten und Nebenwirkungen genau dort, wo sie eigentlich helfen sollten. So zeigen die untersuchten Daten, dass zum Beispiel Unternehmen nach erhaltenen Subventionen im Durchschnitt über eine längere Frist nicht signifikant schneller wachsen. Ins Ausland abgewanderte, weniger produktive Tätigkeiten teurer heinzuholen, zerstört in der Regel Wohlstand.

Exporte sind dann wohlstandsfördernd, wenn sie Ausdruck einer effizienten internationalen Spezialisierung und Arbeitsteilung sind. Eine kriselnde Branche mit Steuergeldern zu subventionieren, hilft in

aller Regel unerwarteterweise nur dem Ausland, das von den durch den Einsatz von heimischen Steuergeldern zu billig produzierten Gütern profitiert. Weil sie oft auf kurzfristige politische Wählerstimmen ausgerichtet sind, agieren Klimaschutzsubventionen meistens blind gegenüber technologischen Innovationen und Alternativen.

Effizienter erweisen sich etwa Lenkungsabgaben (CO₂-Steuer), da sie das „Was“ festlegen, aber nicht das „Wie“. Es wird der Innovationsfähigkeit der Unternehmen überlassen, die effizienteste Methode für das „Wie“ zu finden. Die fehlende Wachstumsdynamik der EU

kann unter anderem also damit erklärt werden, dass Staaten besser fahren, wenn sie selbst beim Subventionswettbewerb nicht mitmachen und ihre Wirtschaftspolitik auf attraktive liberale Rahmenbedingungen sowie einen sehr guten Ausbildungs- und Forschungsplatz ausrichten. Das wäre nicht nur billiger, sondern würde auch echte Wohlstandsgewinne erzielen. Was denken wohl Ihr EU-Lieblingspolitiker oder Ihre EU-Lieblingspolitikerin darüber?

Teodoro D. Cocca ist Professor für Asset Management an der Johannes Kepler Universität in Linz.